

Lohe, Peter

Die Verwirklichung der Oberstufen-Reform in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland

Zeitschrift für Pädagogik 26 (1980) 2, S. 193-210



Quellenangabe/ Reference:

Lohe, Peter: Die Verwirklichung der Oberstufen-Reform in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland - In: Zeitschrift für Pädagogik 26 (1980) 2, S. 193-210 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-140879 - DOI: 10.25656/01:14087

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-140879>

<https://doi.org/10.25656/01:14087>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 26 – Heft 2 – April 1980

I. Thema: Reform der gymnasialen Oberstufe

- | | |
|--------------------------|--|
| INGRID SCHINDLER | Die gymnasiale Oberstufe – Wandel einer Reform. Von der „Saarbrücker Rahmenvereinbarung“ bis zur „Bonner Vereinbarung“ 161 |
| PETER LOHE | Die Verwirklichung der Oberstufen-Reform in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 193 |
| PETER SEIDL/WULF DREXLER | Pädagogische Freiräume und administrative Regelungen: Drei Fallanalysen zur Oberstufenreform 211 |
| WOLFGANG HARDER | Die Entwicklung von Richtlinien für die Oberstufe des Gymnasiums in Nordrhein-Westfalen 243 |
| HERBERT CHRIST | Moderne Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe 259 |

II. Erfahrungsberichte aus dem Schulalltag

- | | |
|--------------------|---|
| DIETER KUTZSCHBACH | Tagebuchnotizen zum Schulalltag von Lehrern und Schülern in der reformierten Oberstufe 271 |
| JOCHEN SPERBER | Aufgaben des Tutors in der reformierten gymnasialen Oberstufe 279 |
| RUTH RAHMEL | Erfahrungen im Alltag der reformierten gymnasialen Oberstufe 287 |
| ROLF EILERS | Die reformierte Oberstufe auf dem Weg zur Normalität 297 |
| PETER LOHE | Erfahrungen mit der Oberstufenreform aus der Sicht der Schüler, der Fächer und der Lehrer 307 |

III. Besprechungen

GERD SCHNEIDER

Hartmut Rahn: Interessenstruktur und Bildungverhalten 319

GERLIND SCHMIDT

Werner Fuchs: Schule und Produktion im polytechnischen Unterricht der DDR 322

Pädagogische Neuerscheinungen 329

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes:

Prof. Dr. Herbert Christ, Institut für Didaktik der französischen Sprache und Literatur der Univ. Gießen, Karl-Glöckner-Straße 21 G, 6300 Gießen; Dr. Wulf Drexler, Tübinger Straße 6, 4800 Bielefeld 12; Dr. Rolf Eilers, Am Bersberg 58, 4194 Bedburg-Hau; St.Prof. Wolfgang Harder, Nikolausstraße 4, 4052 Korschenbroich 2; Dieter Kutzschbach, Helmer 48, 2800 Bremen 33; Dr. Peter Lohe, Badener Ring 42, 1000 Berlin 42; OSt.D. Ruth Rahmel, Elisabethenschule, Vogtstraße 35–37, 6000 Frankfurt; Prof. Dr. Ingrid Schindler, Scheidter Straße 77, 6600 Saarbrücken 3; Dr. Gerlind Schmidt, Bleibiskopfstraße 57, 6370 Oberursel; Dr. Gerd Schneider, Maisacher Straße 42, 8080 Fürstenfeldbruck; Univ. Doz. Dr. Peter Seidl, A-6020 Innsbruck, Anton-Rauch-Straße 13 a; Dr. Jochen Sperber, Mellendorfer Straße 17 d, 3002 Wedemark 2.

Zeitschrift für Pädagogik

Beltz Verlag Weinheim und Basel

Anschriften der Redaktion: Dr. Reinhard Fatke, Brahmweg 19, 7400 Tübingen 1; Prof. Dr. Andreas Flitner, Im Rotbad 43, 7400 Tübingen 1; Prof. Dr. Walter Hornstein, Pippinstraße 27, 8035 Gauting.

Manuskripte in doppelter Ausfertigung an die Schriftleitung erbeten. Hinweise zur äußeren Form der Manuskripte finden sich am Schluß von Heft 1/1980, S. 157f. und können bei der Schriftleitung angefordert werden. Besprechungsexemplare bitte an die Anschriften der Redaktion senden. Die „Zeitschrift für Pädagogik“ erscheint zweimonatlich (zusätzlich jährlich 1 Beiheft) im Verlag Julius Beltz KG, Weinheim und Basel. Bibliographische Abkürzung: Z.f.Päd. Bezugsgebühren für das Jahresabonnement DM 84,- + DM 4,- Versandkosten. Lieferungen ins Ausland zuzüglich Mehrporto. Ermäßigter Preis für Studenten DM 65,- + DM 4,- Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 18,-, bei Bezug durch den Verlag zuzüglich Versandkosten. Zahlungen bitte erst nach Erhalt der Rechnung. Das Beiheft wird außerhalb des Abonnements zu einem ermäßigten Preis für die Abonnenten geliefert. Die Lieferung erfolgt als Drucksache und nicht im Rahmen des Postzeitungsdienstes. Abbestellungen spätestens 8 Wochen vor Ablauf eines Abonnements. Gesamtherstellung: Beltz Offsetdruck, 6944 Hemsbach über Weinheim. Anzeigenverwaltung: Heidi Steinhaus, Ludwigstraße 4, 6940 Weinheim. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen und der Beltz Verlag entgegen: Verlag Julius Beltz KG, Am Hauptbahnhof 10, 6940 Weinheim; für die Schweiz und das gesamte Ausland: Beltz Basel, Postfach 227, CH-4002 Basel.

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden.

Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG WORT, Abteilung Wissenschaft, Goethestraße 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

Die Verwirklichung der Oberstufen-Reform in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland*

1. Überblick über die Entwicklung der Reformvereinbarung seit 1972

Die von der Kultusministerkonferenz (KMK) getroffene „Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II vom 7. Juli 1972“ bildet den vorläufigen Abschluß einer bildungspolitischen Entwicklung, deren Anfänge bis zur sogenannten „Saarbrücker Rahmenvereinbarung“ von 1960 zurückgehen (vgl. KMK-Vereinbarung von 1972, S. 5–8; in diesem Heft vgl. den einführenden Aufsatz von I. SCHINDLER). Die organisatorische Reform der Oberstufe, die Inhalt der Vereinbarung von 1972 ist, wurde ergänzt durch die „Vereinbarung über die Abiturprüfung in der neugestalteten gymnasialen Oberstufe der Sekundarstufe II“ vom 13. Dezember 1973 in der Fassung vom 7. November 1974. Ziel dieser notwendigen Ergänzungsvereinbarung ist es nach ihrem Einleitungssatz, „die Vergleichbarkeit der in der neugestalteten gymnasialen Oberstufe erworbenen Zeugnisse der allgemeinen Hochschulreife zu sichern und eine Vereinheitlichung der Maßstäbe für ihre Zuerkennung zu erreichen“.

Die praktische Durchführung der Reformvereinbarung in den einzelnen Bundesländern führte zu unterschiedlichen Auslegungen und Organisationsformen und machte den Beschluß der KMK vom 2. Juni 1977 über die „einheitliche Durchführung der Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe“ erforderlich, auch bekannt als „Lübecker Vereinbarung“. Auf sechs Seiten wird hier in knappen Formulierungen eine neue Abstimmung über die bis dahin aufgetretenen Unterschiede und ungeklärten Einzelheiten fixiert. Am 2. Dezember 1977 ließ die KMK einen Beschluß folgen, der „Empfehlungen zur Arbeit in der gymnasialen Oberstufe“ gemäß der Vereinbarung von 1972 unterbreitet. In der Präambel heißt es: „Aufgrund der (bei der Durchführung des neuen Oberstufenmodells in den Bundesländern; d. Verf.) gewonnenen Erfahrungen hält es die Kultusministerkonferenz für angebracht, als Ergänzung zu der Vereinbarung eine Empfehlung zur pädagogischen Gestaltung der gymnasialen Oberstufe herauszugeben, durch die zugleich die pädagogischen Grundgedanken, die zu der Vereinbarung geführt haben, verdeutlicht, vervollständigt und möglichst systematisch dargestellt werden sollen.“ In sechs Abschnitten bezieht sich der Beschluß auf Ziele der gymnasialen Oberstufe, Lernbereiche und ihre Struktur, Unterrichtsverfahren, Gestaltung der sozialen Beziehungen, Beratung und Aufgaben des Lehrers.

* Der folgende Aufsatz erscheint auch in: PROJEKTGRUPPE BILDUNGSBERICHT (Hrsg.): Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 2: Gegenwärtige Probleme. (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin.) Reinbek b. Hamburg (Rowohlt)/Stuttgart (Klett-Cotta) 1980.

Als vorerst letzte Etappe in den Bemühungen um eine einheitliche Gestaltung der reformierten gymnasialen Oberstufe können der „Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems“ vom 23. Februar 1978 und die Stellungnahme betrachtet werden, mit der die Kultusministerkonferenz am 21. April 1978 darauf antwortete. Die Antwort bezog sich darauf, daß der Bericht der Bundesregierung unter der Rubrik „Allgemeine Hochschulreife“ unter anderem konstatierte: „... die Unterschiede bei der Ausgestaltung der gymnasialen Oberstufe sind ... in den einzelnen Ländern nach wie vor groß“ (S. 36).

2. Gründe und Ziele der Reform

Nach diesem Überblick über die Reformvereinbarungen in ihrer zeitlichen Folge seien Gründe und Ziele der Reform, wie sie in der ursprünglichen Vereinbarung dargestellt sind, kurz charakterisiert. Langfristig gesehen, soll die Vereinbarung Entwicklungen fördern, die die schwierige Aufgabe einer Zusammenführung *allgemeinbildender und berufsbezogener Bildungsgänge* lösen helfen. Konkret jedoch beschränkt sich die Vereinbarung auf eine Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe, wobei sie als eine *organisatorische* Reform verstanden wird, welche die inhaltliche, curriculare Reform ermöglichen und einleiten soll.

Die beiden wesentlichen Angriffspunkte der Reform waren die als starr empfundene *Jahrgangsklasse* und der zugleich obligatorische und ausschließliche *Fächerkanon* des herkömmlichen Gymnasiums. Mit der Auflösung des Klassenverbandes zugunsten eines Kurssystems und mit der Möglichkeit, innerhalb eines Pflicht- und Wahlbereichs die Unterrichtsfächer selbst zu bestimmen, soll die Vereinbarung nach ihren eigenen Worten „die gymnasiale Oberstufe stärker als bisher sowohl an den Anforderungen einer sich verändernden Gesellschaft als auch an den Bedürfnissen der Heranwachsenden orientieren. Die größere Selbständigkeit, wie sie dem Oberstufenschüler entspricht, wird verbunden mit wissenschaftsnahem Arbeitsstil und überschaubarem Leistungsanspruch“. Die Vereinbarung soll durch diesen organisatorischen Grundansatz „die notwendigen Änderungen von Unterrichtsinhalten und Arbeitsformen in den Schulen ermöglichen und gleichzeitig sichern, daß die Oberstufe ihre gemeinsame Gestalt in den Ländern der Bundesrepublik behält“.

Zweck der organisatorischen Neugestaltung der Oberstufe ist es, mit der zehnten Klasse die gegliederten Gymnasialtypen enden zu lassen, um in den bisherigen Jahrgangsstufen 11 bis 13 einen äußerlich wie innerlich differenzierten Unterricht zu verwirklichen, der die *Ansprüche der heutigen Gesellschaft* ebenso wie die *individuellen Bedürfnisse des Schülers* mehr als bisher zu ihrem Recht kommen läßt. Die neugestaltete Oberstufe soll ebenso die *Studierfähigkeit* vermitteln und damit zur Hochschule führen wie andererseits den Weg zu einer *beruflichen Ausbildung oder Tätigkeit* bahnen. Vor allem der zweite Gesichtspunkt verlangt in der langfristigen Planung eine allmähliche Erweiterung des curricularen Bereichs des Gymnasiums und die Aufnahme neuer Fächer in den Oberstufenunterricht, wie zum Beispiel Psychologie, Wirtschaftswissenschaft, Rechtskunde, Datenverarbeitung. Mehr darüber sagt die Kultusministerkonferenz in ihren „Empfehlungen zur Arbeit in der gymnasialen Oberstufe“ vom Dezember 1977.

3. Strukturmerkmale der Reform

3.1. Grundsätze, Gliederung, Unterrichtsangebot

Wie sehen nun die Strukturmerkmale aus, die eine Verwirklichung dieser Ziele ermöglichen sollen? In sieben von insgesamt zehn Abschnitten auf sechs Seiten legt die KMK ihre Vorstellungen nieder. Das Unterrichtsangebot der Oberstufe wird nach Begabung und Leistung differenziert und in einen Pflichtbereich und einen Wahlbereich aufgeteilt, bei durchschnittlich 30 Wochenstunden für den Schüler, die sich im Verhältnis zwei zu eins auf Pflicht- und Wahlbereich verteilen.

Die einzelnen Fächer werden in *Leistungskursen* und *Grundkursen* unterrichtet; Leistungskurse umfassen fünf bis sechs Wochenstunden, Grundkurse zwei bis drei Wochenstunden. Beide Kursarten gibt es sowohl im *Pflicht-* wie auch im *Wahlbereich*. Im Unterschied zu den Grundkursen, in denen der Schüler grundlegende Kenntnisse eines Fachs erwerben oder erweitern soll, vermitteln die Leistungskurse vertieftes wissenschaftspropädeutisches Verständnis und erweiterte Spezialkenntnisse. Die Fächer des Pflichtbereichs sind in drei Aufgabenfelder zusammengefaßt: (1) das sprachlich-literarisch-künstlerische, (2) das gesellschaftswissenschaftliche und (3) das mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Aufgabenfeld; dazu kommen Religion und Sport.

Zum sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld gehören die Fremdsprachen und die Fächer Deutsch, bildende Kunst und Musik. Dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld sind die Fächer Gemeinschaftskunde (beziehungsweise politische Weltkunde), Geschichte, Erdkunde, Philosophie, in einigen Ländern auch Religion zugeordnet. Das mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Aufgabenfeld umfaßt Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Informatik. Die Anforderungen im Fach Religion sind der jeweiligen Ländergesetzgebung überlassen. Im Sport werden ebenfalls Leistungs- und Grundkurse in verschiedenen Sportarten angeboten.

Der Wahlbereich dient in Verbindung mit dem Pflichtbereich der individuellen Schwerpunktbildung durch den Schüler. Die Fächer des Wahlbereichs entstammen entweder ebenfalls den genannten Aufgabenfeldern oder können neu in das Unterrichtsangebot aufgenommene Fächer sein, wie Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Rechtskunde, Geologie, Astronomie, Technologie, Statistik, Datenverarbeitung und andere.

3.2. Organisationsform: Einführungsphase, Kurssystem, Abitur

Die gymnasiale Oberstufe beginnt nach der 10. Klasse. Sie ist in zwei Abschnitte mit unterschiedlicher Organisationsform gegliedert: (1) die *Einführungsphase*, die ein halbes oder ein ganzes Jahr umfaßt; (2) das *Kurssystem*, das sich bis zum Abitur über vier Halbjahre erstreckt.

Damit liegt die Regelschulzeit in der reformierten Oberstufe bei zweieinhalb oder drei Jahren. Sie kann unter bestimmten Leistungsvoraussetzungen um ein halbes Jahr verkürzt oder bis auf insgesamt vier Jahre verlängert werden. Die Organisationsform der Grund- und Leistungskurse löst die herkömmlichen Jahrgangsklassen in der Oberstufe ab. Die Kurse sind einzelnen Fächern zugeordnet, zugleich aber themenbestimmt und dauern jeweils ein halbes Jahr. In der Einführungsphase soll das Kurssystem so vorbereitet werden, daß es spätestens mit Beginn der 12. Jahrgangsstufe voll entfaltet ist. Die neue Unterrichtsform des Kurssystems verlangt eine individuelle Beratung des Schülers: Die Aufgaben des bisherigen Klassenlehrers übernimmt daher ein Beratungslehrer, Tutor genannt.

In den vier Regelhalbjahren des Kurssystems belegt jeder Schüler etwa 20 Wochenstunden je Schulhalbjahr im Pflichtbereich und etwa 10 Wochenstunden im Wahlbereich; insgesamt also in vier Halbjahren 120 Wochenstunden. Dabei müssen, verteilt auf die vier Halbjahre, 22 Wochenstunden dem ersten Aufgabenfeld entstammen, 16 Wochenstunden dem zweiten Aufgabenfeld und wiederum 22 Wochenstunden dem dritten Aufgabenfeld; im Sport müssen es zusammen mindestens acht Wochenstunden sein. Zu diesen stundenmäßigen Verpflichtungen in den Aufgabenfeldern kommen inhaltliche hinzu: So müssen sich unter den 22 Wochenstunden des ersten Aufgabenfeldes mindestens zwei Halbjahreskurse (das heißt Grund- oder Leistungskurse) in der deutschen Muttersprache befinden, ferner zwei Kurse in einer Fremdsprache, zwei Kurse Literatur oder Kunst oder Musik; unter den 22 Wochenstunden des dritten Aufgabenfeldes müssen mindestens zwei Kurse in Mathematik und vier Kurse in den Naturwissenschaften belegt werden. Diese vorgenannten Verpflichtungen ergänzt der Schüler im Wahlbereich nach seinen eigenen Vorstellungen anhand des in seiner Schule möglichen Fächerangebots. Jeder Schüler muß zwei Leistungsfächer wählen; eines davon muß eine Fremdsprache oder Mathematik oder eine Naturwissenschaft sein; das zweite Leistungsfach ist frei wählbar. Es steht jedem Bundesland frei, auch ein drittes Leistungsfach vorzuschreiben; Rheinland-Pfalz und das Saarland machen Gebrauch von dieser Möglichkeit.

Der Unterricht der Kursoberstufe schließt ab mit der *Abiturprüfung*, die dem Schüler die Zuerkennung der allgemeinen Hochschulreife bringt. Im Abitur wird der Schüler in vier Fächern geprüft, die er selbst zu diesem Zweck zu Beginn der Kursoberstufe gewählt hat, und zwar in den ersten drei Prüfungsfächern schriftlich und gegebenenfalls mündlich, im vierten Fach nur mündlich. Als die beiden ersten Fächer im Abitur gelten die beiden Leistungsfächer. Das dritte und das vierte Prüfungsfach, das jeweils in Grundkursform unterrichtet wird, muß vom Schüler so gewählt werden, daß unter den vier Abiturfächern alle drei Aufgabenfelder vertreten sind. Sämtliche im Pflichtbereich aufgeführten Fächer einschließlich Religion und Sport können Prüfungsfach im Abitur sein.

3.3. Bewertung und Gesamtqualifikation

Die Bewertung der vom Schüler erbrachten Leistungen während der vier Kurshalbjahre ebenso wie im Abitur erfolgt nach den herkömmlichen Notenstufen eins bis sechs. Diese Leistungsnoten werden zur Bildung einer Gesamtqualifikation nach einem Punktesystem umgerechnet.

Jede Leistungsnote außer der sechs hat in der Kursoberstufe eine Tendenz, zum Beispiel 1+, 1-, so daß sich folgender Schlüssel für die Umrechnung der Notenskala in das Punktesystem ergibt:

Note 1+ = 15 Punkte
 Note 1 = 14 Punkte
 Note 1- = 13 Punkte
 Note 2+ = 12 Punkte
 Note 2 = 11 Punkte
 Note 2- = 10 Punkte
 Note 3+ = 9 Punkte
 Note 3 = 8 Punkte

Note 3- = 7 Punkte
 Note 4+ = 6 Punkte
 Note 4 = 5 Punkte
 Note 4- = 4 Punkte
 Note 5+ = 3 Punkte
 Note 5 = 2 Punkte
 Note 5- = 1 Punkt
 Note 6 = 0 Punkte

Die vom Schüler erbrachten Leistungen einschließlich der Abiturprüfungen werden zur Bildung der Gesamtqualifikation in drei *Leistungsblöcke* unterteilt: In den ersten Block gehen die Leistungen aus 20 Grundkursen ein, den zweiten Block bilden sechs der belegten acht Leistungskurse, und den dritten Block bilden die Leistungen in den vier Prüfungsfächern im Abschlußhalbjahr sowie die schriftlichen und mündlichen Leistungen der

Abiturprüfung. Dabei ist als Berechnungsgrundlage festgelegt, daß ein Grundkurs maximal 15 Punkte erbringen kann, ein Leistungskurs bei dreifacher Berechnung 45 Punkte. Auf dieser Berechnungsgrundlage können in jedem Block maximal 300 Punkte (also insgesamt 900 Punkte in der Gesamtqualifikation) erreicht werden. Der Nachweis der allgemeinen Hochschulreife gilt als erbracht, wenn ein Schüler in jedem der drei Blöcke mindestens ein Drittel, das heißt 100 Punkte erreicht hat; das entspräche bei Umrechnung auf eine Notenstufe der Note vier. Die Regelungen sind hier um der besseren Verständlichkeit willen durch Auslassung von Einzelheiten und Besonderheiten vereinfacht dargestellt, in Wirklichkeit sind sie noch etwas komplizierter.

4. Die Durchführung der Reform in den Bundesländern

Die Vereinbarung von 1972 sah auch eine gewisse zeitliche Einheitlichkeit vor. Die Durchführung der Beschlüsse sollte in allen Schulen spätestens mit dem Schuljahr 1976/77 beginnen.

Einen Überblick über die Ausgestaltung der Reform in den einzelnen Bundesländern suchen wir im wesentlichen mit Hilfe der synoptischen Tabellen 1–6 zu geben. Diese werden ergänzt durch eine erläuternde Auswertung der Befunde, die sich auf die äußerlichen Organisationsmerkmale der sogenannten „Kursoberstufe“, „Kollegstufe“ oder „Studienstufe“ beschränken, wie sie 1972 von der KMK vorgesehen beziehungsweise von den Ländern dann in ihren Regelungen vorgeschrieben wurden.

Die Darstellung gliedert sich in sechs Abschnitte, nämlich: Rechtsgrundlagen und Einführung der Reform (Tabelle 1), Dauer der Oberstufe (Tabelle 2), Gestaltung der Einführungsphase beziehungsweise des Vorsemesters (Tabelle 3) sowie des Kurssystems selbst mit dem Umfang (Tabelle 4) und inhaltlichen Charakter (Tabelle 5) seiner Unterrichtsverpflichtungen, schließlich Leistungsbewertung (Tabelle 6). Dabei können die aufgeführten Merkmale und die stichwortartigen Charakteristiken der Länderregelungen nur ein grobes Raster darstellen, gemessen an den teilweise sehr detaillierten Bestimmungen. Die länderspezifischen Einzelheiten aufzunehmen, würde aber eine vergleichende Gegenüberstellung von vornherein unmöglich machen und keine Information mehr über die *Bundeseinheitlichkeit* bieten, wie das zum Zweck unserer Darstellung gehört.

4.1. Rechtsgrundlagen und Zeitpunkte der Einführung der Reform (vgl. Tabelle 1)

Der Zeitraum zwischen der Vereinbarung vom Juli 1972 und dem spätesten vorgesehenen Termin der Einführung gab den Ländern einen Spielraum von vier Jahren und überließ ihnen damit das Tempo der Umstellung.

Tabelle 1 läßt erkennen, daß dieses in der Tat sehr unterschiedlich gewählt wurde: BERLIN reformierte im Gegensatz zu allen anderen Ländern mit der „Vorläufigen Regelung für die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe“ vom 1. April 1973 alle seine Gymnasien gleichzeitig, und zwar von Anfang an in Gesetzesform. BADEN-WÜRTTEMBERG hingegen erprobte das Reformmodell über einige Jahre an etwa einem Viertel der Gymnasien und stellte den größten Teil seiner Schulen (als letztes Bundesland) mit Gesetz vom 3. Mai 1977, das heißt also mit Wirkung für das Schuljahr 1977/78, auf die Reform um. Damit hat es, wenn wir recht sehen, die in der Vereinbarung gesetzte Frist um ein Jahr überschritten. Auch in BAYERN, HAMBURG und NIEDERSACHSEN wurden zwar die letzten Gymnasien erst zum Schuljahr 1977/78 reformiert, jedoch handelte es sich dabei jeweils nur noch um wenige Schulen; das Gros arbeitete bereits seit längerer Zeit nach dem Reformmodell.

Tabelle 1: Rechtsgrundlage und Zeitpunkt der Einführung der Reform nach Bundesländern

KMK/Länder	Rechtliche Grundlage Anfangsphase	Überarbeitung	Volle Umstellung aller Gymnasien
KMK	Vereinbarung der Kultusminister vom 7. 7. 1972	—	spätestens ab 1976/77
Baden- Württemberg	Gesetz vom 3. 5. 1977	—	ab 1977/78
Bayern	Gesetzesverordnung vom 1. 6. 1977	laufende Überarbeitung durch Runderlasse	ab 1977/78
Berlin	Gesetz vom 1. 4. 1973	1. Neufassung der vor- läufigen Regelung (NVR) vom 12. 2. 1974 2. Ausführungsvorschriften für gymnasiale Ober- stufe (AVGO) vom 15. 3. 1977	ab 1973/74
Bremen	Runderlaß vom 5. 4. 1974 in der Fassung vom 4. 11. 1974	Richtlinien vom 1. 11. 1975	ab 1975/76
Hamburg	Richtlinien vom 28. 11. 1973	Richtlinien vom 9. 8. 1977	ab August 1977
Hessen	Gesetz vom 21. 6. 1977	Verordnung vom 15. 3. 1978	ab August 1976
Niedersachsen	Erlaß vom 29. 4. 1977	weitere 10 Erlasse zwi- schen 17. 7. 1972 und 27. 9. 1976	ab August 1977
Nordrhein- Westfalen	Runderlaßsammlung vom Januar 1975	Rechtsverordnung vom 28. 3. 1979	ab 1975/76
Rheinland- Pfalz	Generalrundschreiben vom 2. 1. 1974	Rechtsverordnung vom 7. 2. 1979	ab 1975/76
Saarland	Erlaß vom 1. 7. 1976	Rechtsverordnung vom August 1979	ab 1976/77
Schleswig- Holstein	Erlaß vom 20. 5. 1976	Erlaß vom 29. 9. 1977	ab 1976/77

Die meisten Bundesländer sind also schrittweise vorgegangen, indem sie entweder schon vor 1972 vorbereitende Schulversuche unternahmen (zum Beispiel „Mainzer Studienstufe“) oder mit dem Jahr 1973 die Reform an einigen ausgewählten Gymnasien, die sich dazu bereit fanden, begannen und im Wege freiwilligen Anschlusses weiterer Schulen allmählich zu einer Umstellung aller Gymnasien gelangten.

Im Verlauf dieses Prozesses kam es – zum Beispiel in HESSEN und in NORDRHEIN-WESTFALEN – zu gerichtlichen Entscheidungen darüber, ob eine gesetzliche Grundlage für die rechtliche Absicherung einer so tiefgreifenden Reform unabdingbar ist. Aus Tabelle 1 geht her-

vor, daß offenbar erst BADEN-WÜRTTEMBERG, BAYERN, BERLIN, HESSEN, NORDRHEIN-WESTFALEN, RHEINLAND-PFALZ und das SAARLAND der Reform ein eigenes Landesgesetz gegeben haben, während BREMEN, HAMBURG, NIEDERSACHSEN und SCHLESWIG-HOLSTEIN auf der Grundlage von Erlassen und Verordnungen arbeiten. Jedoch erscheint der Eingriff der Reform in die bisherige Schul- und Bildungsstruktur so grundsätzlich, daß die Einführung der Reform in jedem Bundesland der höchstmöglichen Rechtsqualität und Rechtsverbindlichkeit bedarf. Die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz ihrerseits hatte lediglich die Verbindlichkeit einer gemeinsamen Absprache und Willenserklärung, aber keine Rechtsverbindlichkeit im Sinne der Verfassungen der Länder, bei denen die Kulturhoheit liegt.

4.2. Dauer des Schulbesuchs in der Oberstufe und Abiturtermine (vgl. Tabelle 2)

Bei der Betrachtung der Dauer des gesamten Bildungsgangs der gymnasialen Oberstufe und speziell der Einführungsphase fällt auf, daß – freilich im Rahmen der Vereinbarung – fünf Länder eine ganzjährige, die anderen sechs eine halbjährige Einführungsphase haben; allerdings ist für BREMEN, SAARLAND, SCHLESWIG-HOLSTEIN und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für NIEDERSACHSEN die ganzjährige Einführungsphase eine beschlossene Sache. Das würde bedeuten, daß etwa vom August 1980 an nur noch in BERLIN und RHEINLAND-PFALZ eine halbjährige Einführungsphase bestünde.

Die Tendenz, diese Einführungsphase, das heißt die 11. Jahrgangsstufe, ein ganzes Schuljahr dauern zu lassen, wird ausgelöst durch eine Vielzahl verwaltungsmäßiger, organisatorischer, finanzieller und nicht zuletzt pädagogischer Schwierigkeiten. Denn die nur halbjährige Einführungsphase bewirkt im Organisationsgefüge der Schulen eine Rhythmusverschiebung, die dadurch entsteht, daß an dem einzelnen Gymnasium von Klasse 5 bis 10 Jahrgangsklassen bestehen, dann eine halbjährige Einführungsphase folgt, an die sich wiederum eine zweijährige Schulphase mit je zwei Semestern anschließt. Nun heißt es in den „Empfehlungen zur Arbeit in der gymnasialen Oberstufe“ der Kultusministerkonferenz von 1977 (Nr. 4.2.1, S. 19) unter der Überschrift „Prinzip der Kontinuität“:

„Soweit wie möglich sollte ein und derselbe Lehrer nacheinander alle vier Leistungskurse in seinem Fach unterrichten; ebenso sollten die Pflichtkurse in vorher festgelegter Abfolge vom jeweils gleichen Lehrer durchgeführt werden. Ferner ist zu empfehlen, daß bei entsprechenden organisatorischen Voraussetzungen einzelne Lehrer aus der Sekundarstufe I ihre Schüler in die Oberstufe begleiten, zum Beispiel ehemalige Klassenleiter als Oberstufentutoren fungieren und umgekehrt frei werdende Oberstufentutoren in der Mittelstufe wieder als Klassenleiter beginnen.“

Für den Klassenunterricht haben diese Gedanken von jeher Gültigkeit gehabt. Bei Anwendung auf die Oberstufe wird man feststellen, daß bei einem viersemestrigen Rhythmus ebenso wie bei einer nur zweisemestrigen Kontinuität von Lehrer und Kurs jedoch wegen der halbjährigen Einführungsphase auf jeden Fall entweder nach der Einführungsphase oder – bei Kopplung von Einführungsphase mit dem ersten Semester und dem zweiten mit dem dritten Semester – nach dem dritten Semester eine Lehrerumbesetzung erfolgen muß, die stets zu einem Zeitpunkt eintritt, wenn in Klasse 5 bis 10 gerade die Hälfte des Schuljahres vorbei ist – sicherlich kein pädagogisch und organisatorisch ratsamer Zeitpunkt für einen Lehrerwechsel. Die vielfältigen Schwierigkeiten, die sich aus diesem Umstand ergeben, entfallen bei einer einjährigen Einführungsphase.

Tabelle 2: Dauer des Schulbesuchs in der Oberstufe (in Jahren) und Abiturtermine nach Bundesländern

KMK/Länder	Einführungs- phase	Oberstufe insgesamt (E-Phase und Kurssystem)		Gymnasium insgesamt (5. Klasse bis Abitur)	Abitur
		Regelfall	Minimum	Maximum	Minimum
KMK-Vereinbarung vom 7. 7. 1972	$\frac{1}{2}$ -1	—	2	4 (5) ¹	8
Baden-Württemberg	1	3	3	5	halbjährlich/jährlich
Bayern	1	3	3	4	jährlich
Berlin	$\frac{1}{2}$	$2\frac{1}{2}$	2	4	halbjährlich
Bremen	$\frac{1}{2}$ (ab 10/79 : 1)	$2\frac{1}{2}$ + Abi	2	4 + Abi	halbjährlich
Hamburg	1	3	2	4 (5) ¹	jährlich (in Ausn. halbjährlich)
Hessen	1	3	$2\frac{1}{2}$	4 (5) ¹	halbjährlich
Niedersachsen	$\frac{1}{2}$	3	$2\frac{1}{2}$	4 (5) ¹	halbjährlich
Nordrhein-Westfalen	1	3	2	4 (5) ¹	jährlich
Rheinland-Pfalz	$\frac{1}{2}$	3	2	4 (5) ¹	jährlich (in Ausn. halbjährlich)
Saarland	$\frac{1}{2}$ (ab 1. 8. 1979 : 1)	3	2	4 (5) ¹	jährlich
Schleswig-Holstein	$\frac{1}{2}$ (ab 8/80 : 1)	3	$2\frac{1}{2}$	4 (5) ¹	jährlich (in Ausn. halbjährlich)

1 Lübecker Vereinbarung, 1977, Nr. 1.1.

Unter dem Gesichtspunkt der Bundeseinheitlichkeit brauchten solche Schwierigkeiten eines Landes die übrigen Bundesländer nicht zu berühren. Ein anderer Aspekt desselben Tatbestandes hat jedoch länderübergreifende Bedeutung: In einer Zeit der *zentralen Studienplatzvergabe* erscheint die Frage nicht ohne Bedeutung, wie lange der einzelne Schülerjahrgang an der Schule bleibt beziehungsweise wie schnell im Vergleich zu anderen Ländern ein Jahrgang die Schulen verläßt, um an weiterführende Bildungsstätten zu gehen. Denn die sechs – von 1980 an wahrscheinlich nur noch zwei – Länder mit halbjähriger Einführungsphase haben im Vergleich mit den anderen eine um ein halbes Jahr kürzere Regeldurchlaufzeit. Das heißt, ihre Schüler – und die Erfahrung lehrt, daß mindestens zwei Drittel bis vier Fünftel eines Jahrgangs am Ende der Regelzeit das Abitur ablegen – verlassen nach zweieinhalb und nicht erst nach drei Jahren die Schulen. Bedenkt man ferner, daß außer in BADEN-WÜRTTEMBERG und BAYERN die Möglichkeit besteht, bei besonders guten Leistungen die Einführungsphase als Kurssemester angerechnet zu bekommen, so verlassen die besten Schüler der übrigen Bundesländer ihre Gymnasien um ein Jahr früher als ihre Altersgenossen in BAYERN und BADEN-WÜRTTEMBERG. Beide Umstände, die das ermöglichen, widersprechen jedoch nicht der KMK-Vereinbarung.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch, ob das *Abitur* in einem Bundesland jährlich oder halbjährlich abgenommen wird. Die Vereinbarung von 1972 sah die Möglichkeit des halbjährlichen ebenso wie die des jährlichen Abiturs vor; in den Lübecker Vereinbarungen von 1977 wird dies unter Nummer 1.4. noch einmal ausdrücklich betont. Sieben der elf Länder haben einmal pro Jahr Abitur, wobei HAMBURG, RHEINLAND-PFALZ und SCHLESWIG-HOLSTEIN in Ausnahmen auch das halbjährliche Abitur einräumen. BERLIN, BREMEN, HESSEN, NIEDERSACHSEN nehmen zweimal im Jahr die Abiturprüfung ab. Wegen der erheblichen Mehrbelastung der Kollegien durch zwei Abiturtermine im Jahr wird erwogen, auch in diesen Ländern das Abitur nur einmal jährlich durchzuführen.

Eine gewisse Ungleichheit in bezug auf die maximale *Verweildauer* in der Oberstufe war dadurch eingetreten, daß die Höchstverweildauer von vier Jahren aufgrund der Wiederholungsbestimmungen in den einzelnen Ländern (vgl. BADEN-WÜRTTEMBERG) oder aufgrund der Tatsache überschritten werden konnte, daß zum Beispiel in BREMEN und bislang auch in NIEDERSACHSEN das Abitur in einem eigenen Semester abgelegt wurde. Das ist durch den ersten Satz der Lübecker Vereinbarung von 1977 ausgeglichen worden; der Passus lautet nämlich: „Die Höchstverweildauer gemäß Ziffer 7.1 der Vereinbarung (von 1972; d. Verf.) kann um den für die Wiederholung einer nicht bestandenen Abiturprüfung erforderlichen Mindestzeitraum von einem halben oder einem Jahr überschritten werden.“

4.3. Die Einführungsphase (vgl. Tabelle 3)

Die *Organisationsform* der Einführungsphase, zu der es in der Vereinbarung unter 7.3. lediglich heißt: „in der Jahrgangsstufe 11 wird das Kurssystem so eingeführt, daß es spätestens vom Beginn der Jahrgangsstufe 12 an voll entfaltet ist“, weist erhebliche Unterschiede auf.

In BADEN-WÜRTTEMBERG gibt es maximal zwei unbenotete Vorbereitungskurse, in BAYERN wird die Einführungsphase durch ein vorbereitendes Informationsprogramm begleitet. In BREMEN, HAM-

Tabelle 3: Die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe (11. Jahrgangsstufe), Organisation und Dauer nach Bundesländern

KMK/Länder	Organisationsform		Teilnehmer pro Kurs	Maximum	Fächer	
	Klasse	Kurse	Minimum		Pflicht	Wahl
1. KMK-Vereinbarung vom 7. 7. 1972	—	—	—	—	—	—
2. Baden-Württemberg	Klasse	+ max. 2 Vorbereitungskurse: 4 Wstd	10	—	wie in Kl. 10	max. 2 Vorbereitungskurse in M/EK/3. Fs
3. Bayern	Klasse, 34 Wstd	—	—	—	ähnlich Kl. 10	—
4. Berlin	Klasse, 21 Wstd	2 Basiskurse: 5 Wstd 2–3 Profilkurse: 6–9 Wstd 2 Lk, 6 Gk Pflichtkurse: 24 Wstd	15	—	Fächer wie in Kl. 10 (nur 1. Fs./ohne Ku/Mu)	2./3. Fs, Ku/Mu + 2/3 PK aus allen Fächern
5. Bremen	—	—	12	24 (NW : 16)	8 gewählte Kurse in 8 Fächern wie in Kl. 10	D, Fs, Ku/Mu, weitere Fächer
6. Hamburg	—	—	Pflicht 20	Wahl 10	Gemk, Rel, M. Ph, Ch, Bi, Sp	—
7. Hessen	Klasse in 11/1: 24–30 Wstd	5–8 Wstd in 11/2 Lk: 10 Wstd + 6 Gk: 18 Wstd	12	—	8 gewählte Kurse in 8 Fächern wie in Kl. 10	—
8. Niedersachsen	—	Pflicht/Wahlkurse zusammen 27–32 Wstd 11/1 nur Gk: 31 Wstd 11/2 2 Lk + 6 Gk: 30 Wstd. 11/1 nur Kurse	Schule entscheidet lt. Richtl. für Klassenbildung	Schule entscheidet lt. Richtl. für Klassenbildung	1 Info-Std. + D, PW, M, NW, Fs, Sp, Ku/Mu D, M, Fs, NW, G, Sp, Rel	2–3 weitere Kurse
9. Nordrhein-Westfalen	—	—	—	—	—	—
10. Rheinland-Pfalz	—	—	—	—	wie im Kurssystem 3 Lk + 7/8 Gk	—
11. Saarland	11/1 Klasse: Pflichtfächer zus. 33–34 Wstd.	Wahl-/Zusatzkurse 11/1 : 2 Lk, 6 Gk	—	—	ähnlich Kl. 10	—
12. Schleswig-Holstein	—	—	10	22	D, 2 x Fs, Gemk, M, NW, Rel, Mu/Ku	—

(Fortsetzung von Tabelle 3)

KMK/Länder	Art des Übergangs ins Kurssystem	Verkürzte vorgesehen	Verweildauer Berechnung	Bedingungen
1. KMK-Vereinbarung vom 7. 7. 1972	—	ja	—	—
2. Baden-Württemberg	Versetzung	nein	—	—
3. Bayern	Versetzung: a) mit Ausgleich b) versuchsweise mit Auflagen für 1. Sem.	nein	—	—
4. Berlin	Aufnahme: a) mit Ausgleich b) versuchsweise immer, mit Auflagen für 1. Sem: 2 Lk = 30 Pkte, 5 Gk = 25 Pkte	ja	E-Phase + 3 Sem	2 PK mind. je 11 Pkte 7 Gk mind. je 10 Pkte
5. Bremen	Aufnahme: a) mit Ausgleich b) versuchsweise immer, mit Auflagen für 1. Sem: 2 Lk = 30 Pkte, 5 Gk = 30 Pkte	ja	E-Phase + 3 Sem + Abi	2 Lk mind. je 11 Pkte 6 Gk mind Ø 8 Pkte
6. Hamburg	Aufnahme: a) mit Ausgleich b) versuchsweise immer, mit Auflagen für 1. Sem: alle Kurse Ø 5 Pkte	ja	E-Phase + 3 Sem	Entscheidung nach 1. Sem: 4 Prüffächer je 11 Pkte, weitere Gk je 11 Pkte
7. Hessen	Aufnahme: a) mit Ausgleich b) nach Wiederholung von 11/1 und 11/2 mit möglicher Anrechnung	ja	11/2 + 3 Sem	—
8. Niedersachsen	Aufnahme: a) mit Ausgleich b) versuchsweise mit Auflagen	ja	4 Kurse auf GQ anrechenbar	1.-3. Sem: 6 Lk = 225 Pkte 18 Gk = 200 Pkte
9. Nordrhein-Westfalen	Versetzung: von 10 nach 11 und von 11 nach 12	(ja)	Springen von 10/1 nach 11/2 oder von 10/2 nach 12/1	D, M, 1. u. 2. Fs, PW, je 11 Pkte; alle weiteren Fächer über- wiegend 11 Pkte
10. Rheinland-Pfalz	Versetzung: von 10 nach 11/1 und von 11/2 nach 12	ja	am Ende von 12/2: 6 Lk = 230 Pkte, 20 Gk = 200 Pkte	—
11. Saarland	Aufnahme: a) mit Ausgleich b) versuchsweise mit Auflagen c) Nichtversetzung Aufnahme ähnlich Versetzung	ja	Springen von 10/2 nach 11/2 oder am Ende von 12/2: 6 Lk = 200 Pkte, 20 Gk = Ø 11 Pkte	—
12. Schleswig-Holstein	—	ja	am Ende von 12/2: Lk + Gk Ø 11 Pkte	—

BURG, NIEDERSACHSEN, NORDRHEIN-WESTFALEN, RHEINLAND-PFALZ und SCHLESWIG-HOLSTEIN hingegen gibt es wiederum nur ein jeweils unterschiedlich gestaltetes vorbereitendes Programm von Pflicht- und Wahlkursen, das entweder von Beginn an oder vom zweiten Halbjahr der 11. Jahrgangsstufe an die Form von Leistungs- und Grundkursen hat. BERLIN, HESSEN und das SAARLAND haben einen Pflichtunterricht, der in der Klassenform erteilt wird und entweder von Anfang an oder in Hessen erst im zweiten Halbjahr durch Wahlkurse ergänzt und erweitert wird. Der Auftrag, in der Jahrgangsstufe 11 das Kurssystem einzuführen, wird also teils mehr im Prinzip, teils auch praktisch erfüllt. Die Zahl der Unterrichtsfächer, die der Schüler in dieser Zeit hat, stimmt weitgehend überein und teilt sich in Pflicht- und Wahlbereiche auf, wie es zu der jeweiligen Organisationsform paßt.

Die Art des *Übergangs* von der Einführungsphase in das eigentliche Kurssystem ist wiederum Anlaß zu erheblichen Abweichungen.

Eine regelrechte Versetzung beziehungsweise Nichtversetzung kennen die Bundesländer BADEN-WÜRTTEMBERG, BAYERN, NORDRHEIN-WESTFALEN, RHEINLAND-PFALZ und mit Einschränkung SCHLESWIG-HOLSTEIN und das SAARLAND. Eine Aufnahme in die Kursoberstufe, und zwar mit den Differenzierungen A = direkte Aufnahme, B = Aufnahme mit Ausgleich, C = versuchsweise Aufnahme mit Auflagen für das erste Semester, gibt es in den Ländern BERLIN, BREMEN, HAMBURG, HESSEN, NIEDERSACHSEN und teilweise in SCHLESWIG-HOLSTEIN und im SAARLAND.

Die Skala der Übergangsarten reicht also von Versetzung beziehungsweise Nichtversetzung nach den engen Vorschriften dieses Verwaltungsaktes bis hin zur versuchsweisen Aufnahme mit Auflagen für das erste Semester bei theoretisch – und praktisch – vier oder fünf „Fünfen“. Die Bedeutung dieses Unterschieds liegt in folgendem: Ein versuchsweise aufgenommener Schüler erhält zwar Leistungsaufgaben für das erste Kurssemester und die Gewißheit, daß er das Gymnasium endgültig verlassen muß, wenn er die Auflagen nicht erfüllt; da der Schüler aber bei seiner freien Kurswahl unter Umständen mehrere Fächer abwählen kann, in denen er mangelhafte Leistungen hatte, hat er eine echte Chance, die Auflagen zu erfüllen und in der Kursoberstufe zu bleiben, während sein Klassenkamerad in einem anderen Land ein Jahr wiederholen muß; darüber hinaus bedeutet dies eine zusätzliche Hypothek für eine spätere Wiederholungsmöglichkeit.

Eine verkürzte *Verweildauer* in der Oberstufe, das heißt die Möglichkeit, durch besonders gute Leistungen früher als im Regelfall das Abitur abzulegen, gibt es außer in BADEN-WÜRTTEMBERG und BAYERN in allen Bundesländern. Die Bedingungen, unter denen ein Schüler eine solche Verkürzung erwirken kann, sind in den neun Bundesländern in ihren Einzelbestimmungen (besonders auch in der Wahl des Zeitpunkts für diese Entscheidung) zwar sehr unterschiedlich, können aber im Hinblick auf die insgesamt zu erbringende Leistung als gleichwertig angesehen werden. Auf einen Nenner gebracht, kann man sagen, daß der Schüler zu einem jeweils unterschiedlichen Zeitpunkt eine bestimmte Anzahl von Kursen in bestimmten Fächern (darunter sind jeweils die beiden Leistungsfächer) mit der Note gut oder besser vorweisen muß. Daß die Möglichkeit der vorzeitigen Ablegung des Abiturs einen zeitlichen Vorsprung bis zu einem Jahr vor Altersgenossen aus einem anderen Bundesland bedeuten kann, ist bereits erwähnt worden.

4.4. Das Kurssystem: Umfang der Unterrichtsverpflichtungen (vgl. Tabelle 4)

Im Hinblick auf das Kurssystem legt die KMK-Vereinbarung fest, daß jeder Schüler zwei Leistungsfächer haben muß; nach Nummer 7.10. der Vereinbarung steht es dem einzelnen Land frei, auch ein drittes Leistungsfach vorzuschreiben. In einem solchen Fall müßte

Tabelle 4: Das Kurssystem der gymnasialen Oberstufe (12./13. Jahrgangsstufe), Organisation und Verpflichtungen bezüglich der Kurse und Stundenzahlen

KMK/Länder	Vorgeschriebene Leistungskurse (Lk)		Vorgeschriebene Grundkurse (Gk)		Teilnehmerzahl		Grundkurs		Jahrgangs- übergreifend
	Anzahl je Sem	Wstd je Lk	Anzahl in GQ	Wstd je Gk	Leistungskurs Min.	Max.	Min.	Max.	
1. KMK-Verein- barung vom 7. 7. 1972	2 (-3)	5-6	20 + 2	2-3	—	—	—	—	ja
2. Baden- Württemberg	2	5	20 + 2	3 (PW: 4, Ku, Mu, Lit, Sp, Rel: 2)	6	23 (25)	6	25 (30)	nein
3. Bayern	2	6	20 + 2	3 (Ku, Mu, PW, Sp: 2)	(7-) 10	20	(8-) 14	28	ja (Gk) nein (Lk)
4. Berlin	2	6	20 + 2	3 (PW: 4, Sp: 2)	10	—	15	—	ja
5. Bremen	2	6	20 + 2	3	12	24 (NW: 16)	wie Lk	—	ja
6. Hamburg	2	6	20 + 2	3 (Ku, Mu, Sp, Rel, G, EK: 2)	(8, 12) 15	—	(12, 15) 20	—	in der Regel nein
7. Hessen	2	5-6	20 + 2	3	12	—	+	+	ja
8. Nieder- sachsen	2	6	20 + 2	3 (Rel, Sp: 2)	++	++	++	++	in der Regel nein
9. Nordrhein- Westfalen	2	6	20 + 2	3 (Rel, Sp: 2)	—	—	—	—	in der Regel nein
10. Rheinland- Pfalz	3	5 (PW 6)	20 + 2	3 (Rel, Sp: 2, Gemk: 4)	10	22	13	27	in der Regel nein
11. Saarland	3	5 (3. Fs 6)	20 + 2	3 (Rel, Sp: 2, 3. Fs: 3-4, Gemk: 4)	(13) 15	25 (29)	(13) 15	25 (29)	ja
12. Schleswig- Holstein	2	6 (5)	20 + 2	3 (2)	(8) 10	(22)	(8) 10	(22)	ja

+ Unter 12 mit Genehmigung.

++ Schule entscheidet gemäß Richtzahl für Klassenbildung und Lehrerstundenzahl.

der Schüler kurz vor dem Abitur festlegen, welches der drei Leistungsfächer er zum Grundkurs abstuft, da es in der Abiturprüfung nur zwei Leistungsfächer gibt.

RHEINLAND-PFALZ und das SAARLAND lassen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, während die anderen neun Bundesländer zwei Leistungsfächer vorschreiben. Über die Wochenstundenzahl der Leistungskurse sagt die Vereinbarung: „Sie werden mit mindestens fünf, in der Regel mit sechs Wochenstunden angeboten.“ In BADEN-WÜRTTEMBERG, HESSEN, NIEDERSACHSEN, RHEINLAND-PFALZ, SAARLAND, SCHLESWIG-HOLSTEIN gibt es Leistungskurse mit fünf Wochenstunden, teilweise auch sechs Wochenstunden, in den übrigen Bundesländern sind die Leistungskurse sechsstündig.

Obgleich in den beiden erwähnten Punkten alle Bundesländer sich innerhalb der von der Vereinbarung getroffenen Regelung bewegen, ist es dennoch nicht uninteressant, sich zu verdeutlichen, wie klein oder groß die Abweichungen ausfallen, die mit diesen Zahlen gegeben sind.

Ein Durchschnittsschuljahr hat vierzig Unterrichtswochen, ein Kurshalbjahr mithin zwanzig Unterrichtswochen: Der Unterschied zwischen einem fünf- und einem sechsständigen Leistungskurs beträgt also pro Kurs und Fach zwanzig Unterrichtsstunden im Halbjahr. Ein weiteres Beispiel soll zeigen, wie unterschiedlich sich die dreißig Unterrichtswochenstunden eines Schülers zusammensetzen können:

BADEN-WÜRTTEMBERG
2 Lk à 5 Wstd. = 10 Wstd.
7 Gk à 3 Wstd. = 21 Wstd.
31 Wstd.

HAMBURG
2 Lk à 6 Wstd. = 12 Wstd.
6 Gk à 3 Wstd. = 18 Wstd.
30 Wstd.

RHEINLAND-PFALZ
3 Lk à 5 Wstd. = 15 Wstd.
5 Gk à 3 Wstd. = 15 Wstd.
30 Wstd.

Die drei Beispiele lassen deutlich erkennen, wie unterschiedlich die Wochenstunden fachlich zusammengesetzt sind: In BADEN-WÜRTTEMBERG teilen sich neun Fächer die 31 Wochenstunden, während es in HAMBURG und RHEINLAND-PFALZ acht Fächer sind. Berücksichtigt man darüber hinaus die Angaben des ersten Beispiels zur Differenz in der Wochenstundenzahl der Leistungskurse, dann ergibt sich folgendes Bild: Die zwei Leistungskurse in BADEN-WÜRTTEMBERG haben insgesamt vierzig Semesterwochenstunden weniger als die beiden Leistungskurse in HAMBURG, nämlich je nach Leistungsfach zwanzig Semesterwochenstunden. Der Unterschied zwischen dem Schüler aus HAMBURG und dem aus RHEINLAND-PFALZ besteht nicht in der Fächerzahl, wohl aber in der Anzahl von Stunden, mit der er diese Fächer studiert hat: Der HAMBURGER Schüler hat zwei sechsständige und sechs dreistündige Fächer, der Schüler aus RHEINLAND-PFALZ hingegen hat drei fünfständige Fächer und fünf dreistündige Fächer – rein rechnerisch dasselbe Ergebnis.

Stellen wir uns einmal vor, ein Schüler würde nach dem zweiten Kurssemester mit seiner Familie von HAMBURG nach RHEINLAND-PFALZ umziehen. Er käme dann an eine Schule, an der er drei fünfständige Leistungsfächer hätte. Das bedeutet, daß er in einem dritten Fach einen Unterrichtsverlust von zwei Wochenstunden pro Semester wettzumachen hätte, da er in diesem Fach in HAMBURG bislang nur den Anforderungen eines Grundkurses genügen mußte. Wenn wir von zwanzig Unterrichtswochen eines Durchschnittssemesters ausgehen, so bedeutet dies rein rechnerisch einen Unterschied von vierzig Unterrichtsstunden pro Semester im dritten Leistungsfach; nimmt man noch den Unterschied im Anforderungsniveau zwischen einem Leistungskurs und einem Grundkurs hinzu, so dürfte der wirkliche Unterschied noch etwas bedeutsamer sein. Es muß dahingestellt bleiben, ob der Schüler das Plus von je zwanzig Stunden Mehrarbeit aus den beiden anderen Leistungsfächern in die Waagschale werfen kann.

Völlig einheitlich ist die Zahl von 22 *Grundkursen*, die jeder Schüler in jedem Bundesland in die Gesamtqualifikation beim Abitur einbringen muß. Unterschiedlich ist wiederum nur die Anzahl der Wochenstunden, mit der das jeweilige Fach unterrichtet wird. Und da zum Beispiel die Schüler zwei Grundkurse Kunst oder Musik oder Literatur in die Gesamtqualifikation einbringen müssen, kann es durchaus von Bedeutung sein, ob der betreffende Grundkurs zweistündig oder dreistündig war; denn es bedeutet einen Unterschied von

zwanzig Wochenstunden pro Semester. Die Grundkurse in Kunst und Musik sind beispielsweise in BADEN-WÜRTTEMBERG, BAYERN und HAMBURG zweistündig, in allen anderen Bundesländern dreistündig. Ein Schüler aus BADEN-WÜRTTEMBERG bringt mit seinen zwei Semestern Musik zum Beispiel insgesamt vierzig Wochenstunden weniger ein, als das in BERLIN oder HESSEN der Fall wäre.

Ein Tatbestand, der hier nur aufgezeigt, aber nicht ausgewertet werden kann, sind die Festlegungen der einzelnen Länder hinsichtlich der minimalen oder maximalen *Teilnehmerzahlen* in den Leistungs- und Grundkursen. Hier sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern besonders groß, wie aus Tabelle 4 hervorgeht.

Die Möglichkeit, daß ein Kurs *jahrgangsübergreifend* geführt werden darf, das heißt, daß jüngere Schüler an einem Kurs des höheren Jahrgangs teilnehmen dürfen, wird von der Vereinbarung grundsätzlich eingeräumt. Die Bestimmungen der Länder deuten hier mehr eine Tendenz an, als daß sie klare Aufträge erteilen. Eindeutig ablehnend verhält sich nur BADEN-WÜRTTEMBERG. Die Möglichkeit, jahrgangsübergreifende Kurse einzurichten, ist vor allem sinnvoll an kleineren Schulen, die ohne diese Möglichkeit unter Umständen das eine oder andere Fach wegen zu geringer Teilnehmerzahlen des einzelnen Jahrgangs nicht anbieten könnten.

4.5. Mindestforderungen inhaltlicher Art im Kurssystem (vgl. Tabelle 5)

Die inhaltlichen Mindestverpflichtungen, die nach der Vereinbarung von jedem Schüler belegt und in die Gesamtqualifikation eingebracht werden müssen (außer Sport) sind folgende: zwei Semester Fremdsprache, zwei Semester Muttersprache Deutsch, zwei Semester entweder Kunst oder Musik oder Literatur, ferner 16 Wochenstunden im zweiten Aufgabenfeld sowie zwei Semester Mathematik und vier Semester Naturwissenschaften. Von den mindestens acht Semesterwochenstunden Sport können maximal drei Semester eingebracht werden, sofern es nicht Prüfungsfach ist. Auch bei diesen wichtigen inhaltlichen Verpflichtungen lassen sich Unterschiede zwischen den Ländern feststellen; jedoch eigentlich nur in dem Sinne, daß einige Länder mehr fordern als andere, die sich an das Minimum halten.

So verlangen beispielsweise RHEINLAND-PFALZ und das SAARLAND vier Semester Mathematik und vier Semester Fremdsprache gegenüber je zwei Semestern in den anderen Bundesländern. Die Forderung von vier Semestern Deutsch erheben die Länder BADEN-WÜRTTEMBERG, BAYERN, BERLIN, RHEINLAND-PFALZ, SAARLAND, SCHLESWIG-HOLSTEIN; NIEDERSACHSEN verlangt drei Semester Deutsch. Die Lübecker Vereinbarung von 1977 besagt unter Nummer 3.2.: „Das Fach Deutsch umfaßt Sprache und Literatur.“ In dieser Formulierung bleibt offen, um wieviele Semester es sich handelt, so daß BREMEN, HAMBURG, HESSEN, NORDRHEIN-WESTFALEN weiterhin zwei Semester Deutsch verlangen, in der Regel Muttersprache, und den deutschen Literaturunterricht in Form von zwei Semestern zur Wahl stellen mit Kunst und Musik. Die Forderungen im zweiten, gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld sind im großen und ganzen gleichwertig. Das gleiche gilt für Sport. Die Behandlung von Religion als Unterrichtsfach in der Kursoberstufe unterliegt den jeweiligen generellen Länderregelungen zum Religionsunterricht, kann also hier nicht verglichen werden; das Fach ist nur der Vollständigkeit halber in die Tabelle mit aufgenommen worden.

Tabelle 5: Inhaltliche Verpflichtungen im Kurssystem (Mindestanzahl der zu belegenden Semester je Fach beziehungsweise Wochenstunden je Aufgabenfeld)¹

KMK/Länder	Aufgabenfeld 1 Sem je Fach Wstd insgesamt	Aufgabenfeld 2 Sem je Fach Wstd insgesamt	Aufgabenfeld 3 Sem je Fach Wstd insgesamt	Sport Wstd insgesamt	Leistungs- kurs möglich	Religion Grundkurs Leistungskurs
1. KMK-Vereinbarung vom 7. 7. 1972	Fs 2, Ms 2, Lit/Ku/Mu 2 22	— 16	M 2, NW 4 22	8	x	—
2. Baden-Württemberg	Fs 2, Lit/Ku/Mu 2, D 4 22	Pw 4 16 Rel 4 8	M 2, NW 4 + 2 Gk 22	8	x	(in Aufgabenfeld 2)
3. Bayern	Fs 2/Ku/Mu 2, D 4 22	G, EK, Sk 2, Rel 4 20 PW 4 16	M 2, NW 2 24 M 2, NW 4 24	8 8	x x	(in Aufgabenfeld 2, min. 8 Wstd)
4. Berlin	Fs 2, Ku/Mu 2, D 4 24	PW 2 16	M 2, NW 4 22	8	—	(in Aufg. 2)
5. Bremen	Fs 2, Lit/Ku/Mu 2, D 2 22	Gemk 4, G/Elk 2, Rel 2 20 PW 4 18	M 2, NW 4 22	8	—	(in Aufg. 2)
6. Hamburg	Fs 2, Ku/Mu 2, D 2 22	PW 3, Rel 2-3 22 PW 4 k. A.	M 2, NW 4 24	8	x	(in Aufgabenfeld 2, min. 6 Wstd)
7. Hessen	Fs 2, Lit/Ku/Mu 2, D 2 22	Gemk 4 16	M 4, NW 4 24	8	x	(8 Wochenstunden)
8. Niedersachsen	Fs 2, Ku/Mu 2, D 3 22	Gemk 4 k. A.	M 4, NW 4 k. A.	8	x	(8 Wochenstunden)
9. Nordrhein-Westfalen	Fs 2, Lit/Ku/Mu 2, D 2 k. A.	Gemk 4 16	M 2, NW 4 22	8	x	x
10. Rheinland-Pfalz	Fs 4, Ku/Mu 2, D 4 26	Gemk 4 16	M 2, NW 4 22	8	x	—
11. Saarland	Fs 4, Ku/Mu 2, D 4 KA	Gemk 4 16	M 2, NW 4 22	8	x	—
12. Schleswig-Holstein	Fs 2, Ku/Mu 2, D 4 24	Gemk 4 16	M 2, NW 4 22	8	x	—

¹ Verteilt auf den Gesamtzeitraum.

4.6. Regelungen für die Leistungsbewertung (vgl. Tabelle 6)

Zum Stichwort Leistungsbewertung gibt die Vereinbarung einmal den Schlüssel für die Umrechnung der Notenskala in das Punktsystem (siehe oben Abschn. 3.3.), zum anderen legt sie die maximal erreichbaren Punktzahlen in Grund- und Leistungskursen fest, drittens bestimmt sie die Zusammensetzung der Gesamtqualifikation und damit die Leistungsberechnung auf dem Abiturzeugnis. Die Handhabung dieser drei wesentlichen Punkte ist in allen Bundesländern gleich; schon im Hinblick auf die gegenseitige Anerkennung der Abiturzeugnisse liegt dies nahe. Was aber als untersuchenswert erschien und deshalb in die Tabelle 6 aufgenommen wurde, ist die Art, in der im einzelnen die Semesterleistungen in den Kursen festgestellt werden. Auch in diesem Bereich ergeben sich wiederum auffällige Unterschiede.

Zunächst einmal lehnen (abgesehen von BADEN-WÜRTTEMBERG, für das sich in den Veröffentlichungen keine Hinweise finden ließen) sieben Bundesländer – und zwar BREMEN, HAMBURG, HESSEN, NIEDERSACHSEN, NORDRHEIN-WESTFALEN, SAARLAND, SCHLESWIG-HOLSTEIN – eine formale Festlegung des Gewichts der mündlichen im Verhältnis zu den schriftlichen Leistungen ab und sprechen allenfalls eine Empfehlung aus; fünf von ihnen legen lediglich die Zahl der Klausuren fest, und zwar im allgemeinen zwei Klausuren je Leistungs- und Grundkurs. Die drei verbliebenen Länder BAYERN, BERLIN und RHEINLAND-PFALZ legen nicht nur die Zahl der Klausuren fest, nämlich zwei Klausuren im Leistungskurs, eine Klausur im Grundkurs, sondern schreiben auch formal die Gewichtung zwischen dem mündlichen und dem schriftlichen Teil der Semesterleistung fest. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß in BERLIN und RHEINLAND-PFALZ die zwei Klausuren im Leistungskurs die Hälfte der Note ausmachen und die mündliche Note die andere Hälfte erbringt, während in BAYERN die zwei Klausuren mit zwei Dritteln zu Buche schlagen und das Mündliche ein Drittel der Leistung umfaßt; auch im Grundkurs liegt in BAYERN mit zwei Dritteln für die eine Klausur das Übergewicht auf dem schriftlichen Teil gegenüber einem Drittel im Mündlichen, während in BERLIN und RHEINLAND-PFALZ genau das umgekehrte Verhältnis besteht.

Mit der Darstellung sollte zusammen mit einer Übersicht über die Länderregelungen auch die Möglichkeit geschaffen werden, anhand einiger ausgewählter Merkmale die elf Länderordnungen mit der Vereinbarung von 1972 zu vergleichen und das Maß erreichter Bundeseinheitlichkeit zu beurteilen. Demgemäß sollten die Entsprechungen ebenso deutlich hervortreten wie die Unterschiede. Wenn dennoch die Unterschiede fast stärker in Erscheinung treten als die Entsprechungen, so ist das allerdings nicht nur eine Folge nachträglicher Auseinanderentwicklung in der föderalistischen Kulturlandschaft. Vielmehr ist es auch als Hinweis darauf zu werten, wie dehnbar von vornherein die Vereinbarung gehalten worden ist, an deren Entstehen ja schließlich alle elf Länder mit ihren Eigeninteressen beteiligt waren.

Abkürzungen

B	= Biologie	GQ	= Gesamtqualifikation	PK	= Profilkurs
Ch	= Chemie	Ku/Mu	= Kunst/Musik	PW	= Politische Weltkunde
D	= Deutsch	Lit	= Literatur	Ø	= Durchschnitt
Ek	= Erdkunde	LK	= Leistungskurs	Rel	= Religion
E-Phase	= Einführungsphase	M	= Mathematik	Sem	= Semester
Fs	= Fremdsprachen	Ms	= Muttersprache	Sk	= Sozialkunde
G	= Geschichte	Nw	= Naturwissenschaft	Sp	= Sport
Gemk	= Gemeinschaftskunde	Ph	= Physik	Wstd	= Wochenstunden
GK	= Grundkurs				

Tabelle 6: Leistungsbewertung im Kurssystem, nach Bundesländern

KMK/Länder	Anteiliges Gewicht in der Gesamtbewertung		im Grundkurs	
	im Leistungskurs mündlich	schriftlich	mündlich	schriftlich
KMK-Vereinbarung vom 7. 7. 1972	—	—	—	—
Baden-Württemberg	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Bayern	1/3	2 Klausuren 2/3	1/3	1 Klausur 2/3
Berlin	1/2	2 Klausuren 1/2	2/3	1 Klausur 1/3
Bremen	k. A.	mind. 2 Klausuren	k. A.	mind. 2 Klausuren
Hamburg	(keine formale Festlegung; laufende Kursarbeit (mündl.) überwiegt; Empfehlung: mündl. 60%, schriftl. 40%)	2–3 Klausuren		2 Klausuren
Hessen	(keine formale Festlegung, sondern pädagogisches Ermessen)			
Niedersachsen	(keine formale Festlegung, siehe Richtlinien für Klassenarbeiten usw. vom 23. 6. 1968)	2 Klausuren		2–3 Klausuren
Nordrhein-Westfalen	(keine arithmetische Gewichtung, mündlich und schriftlich gleichwertig)			
Rheinland-Pfalz	1/2	2 Klausuren 1/2	2/3	1 Klausur 1/3
Saarland	(keine formale Festlegung)	3 Klausuren		2 Klausuren
Schleswig-Holstein	(keine formale Festlegung; siehe Richtlinien für Klassenarbeiten usw.)	2 Klausuren		1–2 Klausuren